

# Der deutsche Defekt

**Die größte europäische Nation steigt ab – seit vielen Jahren schon. Im Innersten der Volkswirtschaft hat ein Schrumpfungsprozess begonnen, den keine Reformpolitik bisher stoppen konnte. Die deutschen Probleme wurzeln tief in der Nachkriegszeit. / Von Gabor Steingart**

**D**er 14. März des Jahres 2003 begann erfreulich unspektakulär. Es gab keinen Terroranschlag zu vermeiden und keinen aufsehenerregenden Rücktritt, und es war auch niemand Berühmtes gestorben.

In Berlin trat Bundeskanzler Gerhard Schröder ans Rednerpult des Bundestags, um die 33. Regierungserklärung seiner Amtszeit vorzutragen.

Schröder redete 84 Minuten, fast ein bisschen schüchtern las er seine Botschaften vom Blatt ab. Ohne jede Betonung sagte er deutliche Sätze wie diesen: „Der Umbau des Sozialstaates und seine Erneuerung sind unabweisbar geworden.“

Er sprach von unübersehbaren „Krisenzeichen“. Er wolle nicht mehr zulassen, „dass Probleme auf die lange Bank geschoben werden, weil sie kaum überwindbar scheinen“. Er legte eine „Agen-

da 2010“ vor, die Maßhalteappelle und Kürzungsvorschläge aneinander reihte.

„Mut zur Veränderung“ hatte er seine Rede überschrieben. Es war die bisher bedeutendste Rede des Kanzlers Schröder. So klar hatte noch kein deutscher Regierungschef dem Volk gesagt, was es lange schon ahnte: Die Zeit der Wohltaten ist vorbei; die Zeit der Zumutungen hat begonnen. Seine Rede zur Agenda 2010 könnte eine Zäsur der deutschen Nachkriegsgeschichte markieren.

Denn diese Geschichte hat irgendwann ihre positive Richtung verloren. Auf den märchenhaften Wiederaufstieg folgte ein allmählicher Abstieg, der von den Deutschen zunächst kaum bemerkt wurde. In den Köpfen war noch immer jenes sagenhafte „Modell Deutschland“, mit dem SPD-Kanzler Helmut Schmidt in den Siebziger für sich warb. Ein ganzes Volk woll-

te zunächst nicht wahrhaben, dass im Innersten der Volkswirtschaft, im produktiven Kern des Landes, ein Schrumpfungsprozess begonnen hatte. Die Agenda 2010 sollte der Weckruf sein, dass es so nicht weitergehen konnte.

Die Wachstumsgeschichte der Bundesrepublik teilt sich in drei Phasen, die unterschiedlicher kaum sein können. Phase eins ist die ruhmreiche Zeit von 1950 bis 1970, jene Ära, die mit dem Wirtschaftswunder begann und die auch danach durch allgemeines Wohlergehen gekennzeichnet blieb: Die Wirtschaft wuchs real um legendäre 107 Prozent in der ersten Dekade und legte in den zweiten zehn Jahren nochmals um real 55 Prozent zu.

Das hatte den Deutschen keiner im Ausland zugetraut. Die einen staunten, die anderen ängstigten sich, und viele taten beides. Denn natürlich war es beein-



**Schaufenster auf dem Kurfürstendamm (1948), Kohlerevier in den Fünfzigern in Aachen, Wirtschaftsminister Erhard (1951): Märchenhafter Aufstieg**

deutlicher: Immer mehr Menschen standen draußen vor der Tür, die meisten von ihnen hatten Werkhalle und Büro für immer verlassen. Die Arbeitslosigkeit wuchs von 1970 bis 1990 um über 1100 Prozent. Die Staatsverschuldung legte um 750 Prozent zu.

Erst in Phase drei, das Land war mittlerweile um 110.000 Quadratkilometer, fünf Bundesländer und 16 Millionen Menschen gewachsen, beschleunigte sich das Abstiegstempo. Es begannen die verlorenen Jahre.

Seit Anfang der neunziger Jahre sind alle Wachstumswerte durch neue Milliardenschulden erkaufte. Die Kreditaufnahme übersteigt die realen Zuwächse des Bruttoinlandsprodukts. Ökonomen sprechen vom Wachstum auf Pump.

Alle Aggregate der Volkswirtschaft drehen seither im roten Bereich. Die Staats-

schuld verdoppelte sich innerhalb von anderthalb Jahrzehnten auf nunmehr 1400 Milliarden Euro. Die Arbeitslosigkeit wuchs nach der deutschen Einheit noch mal um knapp 70 Prozent. Im Januar 2005 haben erstmals offiziell mehr als fünf Millionen Deutsche keine Arbeit. Es ist, als liefe der Erfolgsfilm „Wirtschaftswunder“ rückwärts ab.

Die Politik der Agenda 2010 hat bisher nicht gewirkt. Pro Werktag verlor Deutschland allein seit Schröders Rede 1300 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, was nichts anderes bedeutet, als dass diese Menschen von der Aktivseite der volkswirtschaftlichen Bilanz auf die

Passivseite wechselten. Sie produzieren keinen Wohlstand mehr, sie verzehren ihn.

Mit weiteren Abgängen aus dem produktiven Kern des Landes beschleunigt sich der Abstieg des einstigen Superstars.

Die Probleme wurzeln tief in der deutschen Nachkriegsgeschichte. Die junge Republik, so der Wille der drei Westalliierten, sollte ein Bollwerk gegen den Kommunismus sein. Die Völker der Welt sollten auf das westliche Deutschland schauen, um ihre eigenen Schlüsse zu ziehen: dort das ineffiziente Bürokratensystem stalinistischer Prägung, hier die liberale Demokratie, deren bald wichtigster Leistungsnachweis ihre Wohlfahrtsstaatlichkeit sein sollte.

Eine Marktwirtschaft besonderer Art entstand, ein Kapitalismus, nicht so raubtierhaft wie in den USA. Leistung sollte sich zwar lohnen, aber auch für weniger Leistungsfähige, sogar für die Versager der Gesellschaft war ausreichend Platz. So viel

\* Im Juni 2003 auf dem SPD-Parteitag in Berlin.

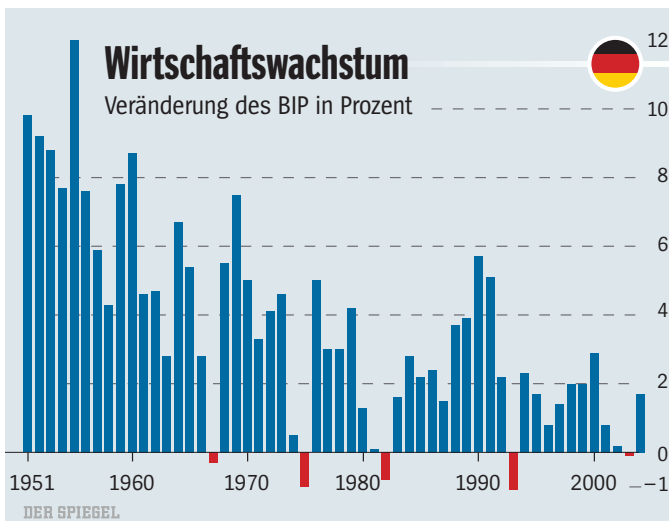
druckend zu erleben, wie ein Volk aus dem scheinbaren Nichts der brennenden Städte plötzlich wieder Autos und Stahl, Chemikalien und Kraftwerke zauberte, deren Qualität beachtlich war.

Übermütig taufte die hiesigen Politiker diese schönste aller Welten auf den Namen „Modell Deutschland“ und taten von nun an so, als hätten sie eine Zauberformel für hohe Wachstumsraten entdeckt.

Der Glaube war so stark, dass viele gar nicht bemerkten, wie das Wunderland schon in Phase zwei hinübergeglitten war, die von 1970 bis zur Wiedervereinigung 1990 reichte. Es waren die Jahre der Ernüchterung. Arbeitslosigkeit und Staatsschulden schoben sich ins Bild, als wollten sie alle Erfolge der Wirtschaftswunderjahre verdunkeln.

In den siebziger Jahren betrug die Wachstumsrate nur noch 31 Prozent. In den achtziger Jahren bremste der volkswirtschaftliche Motor dann auf 23 Prozent ab. Von einer jährlichen Wachstumsrate, die in den fünfziger Jahren bei rund acht Prozent lag, war das Land auf zwei Prozent abgesackt.

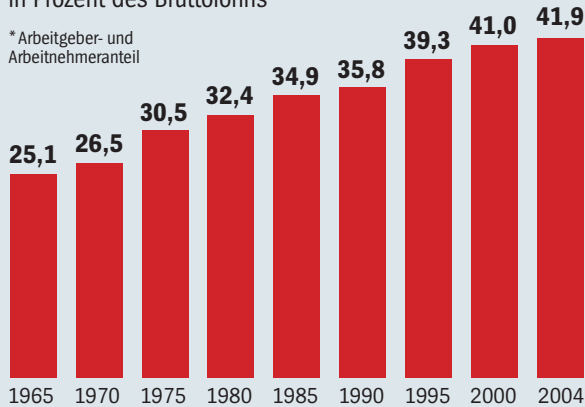
Die zuvor unsichtbaren Krisensymptome zeigten sich nun



## Sozialbeiträge

in Prozent des Bruttolohns\*

\* Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil



Kanzler Adenauer, Wählerinnen\*: „Kinder kriegen die Leute immer“

Marktwirtschaft wie möglich, so viel Sozialismus wie nötig, lautete die Parole.

Dem Sozialstaat zur Seite trat ein politisches System, das vor allem ein Reflex war auf die Jahre der Nazi-Diktatur. Die Alliierten wollten den schwachen, nicht den starken Staat, es ging ihnen nicht um effizientes Regieren, wichtiger war es, ein Wegkippen ins Totalitäre für alle Zeiten zu verhindern. „Die Alliierten“, sagte später Hamburgs langjähriger Erster Bürgermeister Klaus von Dohnanyi, „wollten uns enthaupten.“

Die Folge des von den Westmächten gewünschten Systems von Macht und Gegenmacht war das Zweikammersystem. Die Väter des Grundgesetzes installierten neben dem Bundestag einen Bundesrat, der keineswegs nur eine Länderkammer ist, wie es oft verharmlosend heißt. Ein machtvolles „Bundesorgan eigener Art“ entstand, wie der Grundgesetzinterpret Thomas Ellwein bemerkte.

Der Bundesrat besitzt heute bei ungefähr 60 Prozent aller Bundesgesetze ein aufschiebendes Veto und bei 40 Prozent aller Bundesgesetze ein echtes Blockaderecht. Kompromisse können nur im Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat gefunden werden, oder es gibt eben kein neues Gesetz, wie es so häufig in der Vergangenheit geschehen ist.

Deutschlands Regierungssystem ist das langsamste der Welt. Nur in glücklichen Ausnahmeständen, wenn Bundesrat und Bundesregierung von der gleichen Parteienformation dominiert werden, ist Führung überhaupt möglich. In der Regel fallen sich Regierung, Bundesrat und Rechtsprechung ständig gegenseitig in den Arm. Der Regierungschef sitzt einer blockierten Republik vor.

Der zweite, in seinen Auswirkungen kaum weniger gravierende Konstruktionsfehler der neuen Republik geschah beim Aufbau der sozialen Sicherungssysteme. Deutschland besaß nach der Währungsreform nichts außer einer Menge unerledigter Arbeit. Das Arbeitsvolumen war gewaltig, die Lust, sich in die Arbeit

zu stürzen, ebenfalls. Die Politik beschloss, den Ausbau des Sozialstaats an die Erwerbsarbeit zu koppeln.

Kein anderes Land der Welt hat seine Absicherungssysteme gegen die großen Risiken – Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und das Risiko, ein Pflegefall zu werden – in dieser eindeutigen und fast schon absoluten Art an die Erwerbsarbeit gekoppelt.

Der Erfinder des heutigen deutschen Sozialstaates war nicht, wie viele glauben, der Reichsgründer Otto von Bismarck, sondern der erste bundesrepublikanische Kanzler, Konrad Adenauer. Er konstruierte – wahrscheinlich nicht vorsätzlich, aber zumindest fahrlässig – eine Ausgabemaschine, die von Anfang an ohne ausreichende Rückkopplung zur ökonomischen Basis ihre Ansprüche verteilte. Er ließ die Energie schneller aus dem produktiven Kern der Volkswirtschaft absaugen, als es dessen Wachstum erlaubte.

Von 1950 bis 1964 vervierfachte sich die Wirtschaftskraft, die Summe der Sozialleistungen aber hatte sich von 17 Milliarden Mark im Jahr 1950 auf 115 Milliarden im Jahr 1965 mehr als versechsfacht. Der

\* Oben: 1957 im Bundestagswahlkampf; unten: Fraktionschef Herbert Wehner, Parteivorsitzender Willy Brandt und dessen Stellvertreter Helmut Schmidt.



SPD-Parteitag in Hannover (1973)\*, Wahlplakat (1976): Die Politik tat so, als hätte sie eine Zauberformel für Wachstum entdeckt



Anteil der Sozialleistungen am Brutto-sozialprodukt war damit von 17 Prozent auf 23 Prozent gestiegen.

Nach Erhards Berechnungen war das Weltrekord. Die Sozialleistungen beanspruchten damit „den höchsten Anteil am Sozialprodukt in allen Ländern der Erde“, mahnte der Wirtschaftsminister.

Die Ausgaben für das Soziale lagen damit doppelt so hoch wie im Deutschland der zwanziger Jahre, womit dem Wirtschaftswunder, wie von Adenauer gewünscht und von Erhard befürchtet, ein Sozialstaatswunder gefolgt war.

Das wirkliche Herzstück seiner Sozialpolitik, mit der er sich in die Chronik des Abstiegs eintrug, war die Rentenpolitik. Die Lage der Rentner, das wusste Adenauer, war nicht rosig, sie hatten vom Wirtschaftswunder bisher kaum profitiert.

Die Hyperinflation der zwanziger Jahre und später wertlose Zwangsanleihen der Nazi-Zeit ließen die Ersparnisse der Rentenversicherung rapide abschmelzen, viele Immobilien waren dem Bombenkrieg zum Opfer gefallen, der Tresorraum der Bismarckschen Rentenversicherung war zwar nicht leer, aber doch nur spärlich bestückt. Der Staat musste zuschießen, wollte er seine Rentner nicht verelenden lassen.

Adenauer suchte nach einer neuen Form der Rentenversicherung. Es war sein Sohn Paul, der dem Alten schließlich auf die Sprünge half. Der schickte ihm im Sommer 1955 in seinen Schweizer Urlaubsort Mürlen eine kleine Broschüre, die der Nationalökonom und Geschäftsführer des Bundes Katholischer Unternehmer, ein bis dahin unbekannter Professor namens Wilfrid Schreiber, verfasst hatte.

In ihr ging es um den „Solidarvertrag zwischen jeweils zwei Generationen“. Ein verlockender Gedanke lag dem Konzept zugrunde, die Wirtschaft florierte, die Arbeitseinkommen stiegen in großen Sprüngen, und eine Kopplung der Renten an die Arbeitseinkommen musste zwangsläufig zum deutlichen Anstieg auch der Altersruhegelder führen.

Bei einem Rentenbeitrag, der allen Arbeitnehmern und den Selbständigen vom Einkommen abgezogen würde, ließen sich die erforderlichen Milliarden schnell und unbürokratisch aufbringen. Statt langer Ansparzeiten wären die Rentner mit einem großen politischen Schub in der Wirtschaftswunderwelt angekommen.

Es sei sein Ziel, erklärte er, kaum zurück aus dem Urlaub, dass die Rentner „ein anständiges Leben führen können und nicht als Bettler herumlaufen müssen“. Der Jahrhundertirrtum, der nun folgte, war von Adenauer, wenn nicht einkalkuliert, so doch in Kauf genommen.

Denn er hat das kompliziert anmutende System des Ökonomen Schreiber stark vereinfacht, indem er die ökonomisch wichtigen Verstrebungen zwischen den Generationen beseitigte. Ursprünglich

sollten alle Erwerbstätigen in das neue System einzahlen, also auch Freiberufler und Selbständige aller Art wie Apotheker, Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer.

Doch die Regierung entschied anders. Der Großteil der Gutverdiener durfte weiter in eine Privatversicherung kapitalgedeckt einzahlen. Der wirtschaftlich leistungsstärkste Personenkreis blieb damit außen vor.

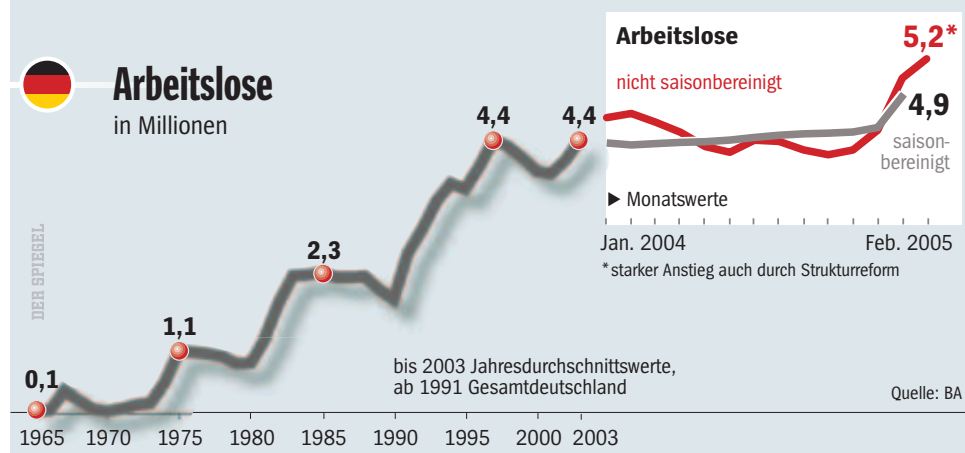
Hinzu kam: Für Schreiber stand im Zentrum ein Drei-Generationen-Modell,

systematischen Gründen nicht das eine Risiko, das Altwerden, kollektiv absichern und das andere Lebensrisiko, Kinder zu kriegen, zur Privatsache erklären. Beide, darauf beharrte Schreiber immer wieder, seien „gleichzeitig“ und „gleichrangig“ zu berücksichtigen, wollte man die absehbaren Schwierigkeiten einer schrumpfenden Bevölkerung nicht noch befördern.

Der über 80-jährige Adenauer entschied einseitig zugunsten seiner Generation, die sich ja schon komplett im Ruhestand befand. Die Familien mit Kindern bekamen



DGB-Demonstration (in Stuttgart, 1981)



das Kinder, Eltern und Großeltern einbezog. Der Schreiber-Plan sah eine Rentenkasse und eine separat geführte Kinderkasse vor, so dass beide Generationen, die nicht zur Wertschöpfung beitrugen, die Rentner und die Kinder, kollektiv abgesichert waren. Der berufstätige Familienvater zahlte für den Opa und kassierte für das Kind, der Alleinstehende zahlte für beide. Schreiber ging davon aus, dass Kinder zwingend Teil des Generationenvertrages sein müssten. Der Staat dürfe aus

nichts, der eingesammelte Betrag kam ungeschmälert den sieben Millionen Rentnern des Jahres 1957 zugute, wenige Monate vor der Wahl wurde ihnen ein Milliardensegel versprochen.

Insgesamt verdoppelten sich die Rentenzahlungen im ersten Jahr des neuen Systems auf fast 14 Milliarden Mark. Die nächste Bundestagswahl entschied Adenauer mit absoluter Mehrheit für sich. Das Argument von Schreiber, Kinder müssten einbezogen sein, wischte der



CLAUDIO HILIS / AGENTUR FOCUS

**Bundeskanzler Kohl\*:** *Verwüstung auf den Arbeitsmärkten angerichtet*

Populist mit einem einzigen Satz beiseite: „Kinder kriegen die Leute immer.“

Nach diesem politisch so erfolgreichen Prinzip wurden fortan alle weiteren Sozialversicherungen ausgebaut, die Arbeitslosenversicherung, die Gesundheitsversicherung, und später in den neunziger Jahren kam die Pflegeversicherung noch hinzu.

Die Beitragssätze explodierten, denn die Zusagen an die Alten, Kranken und Arbeitslosen blieben bestehen, derweil die Zahl derer, die dafür aufkamen, in rasantem Tempo sank. Seit Anfang der sechziger Jahre hat sich die Geburtenrate in Deutschland halbiert. Der Tag ist absehbar, an dem jedem Rentner nur noch ein Beschäftigter gegenübersteht.

Schon sehr früh räumte der Volkswirt und Jesuitenpater Professor Oswald von Nell-Breuning, ein Mitverfechter der damaligen Rentenreform, den Jahrhundertirrtum ein. Die politische Führung forderte er auf, vor das Volk zu treten: „Liebe Leute, was wir euch da erzählt haben von der bruttolohnbezogenen Rente, ist Unsinn. Wir haben den Unsinn selbst geglaubt. Wir haben den Strukturwandel im Altersaufbau der Bevölkerung nicht vorausgesehen, und wir haben seine Bedeutung völlig verkannt.“

Doch das Land wollte weiter träumen. Deutschland baute den lohnbezogenen Sozialstaat

bis in die neunziger Jahre hinein aus. Die Geburtsstunde der Globalisierung wurde regelrecht verschlafen.

Einfache Arbeit verteuerte sich wie von selbst, als sich in Fernost bereits Großes tat. Die alten, nun kriselnden deutschen Industrien wurden subventioniert, als Amerika längst das Computerzeitalter eröffnet hatte.

Deutschland war in den siebziger Jahren viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um die weltweiten Veränderungen wahrzunehmen. Der Antikapitalismus hatte Hochkonjunktur. Ausgerechnet in der Stunde ihres größten ökonomischen Erfolges trachtete man der jungen Marktwirtschaft schon wieder nach dem Leben.

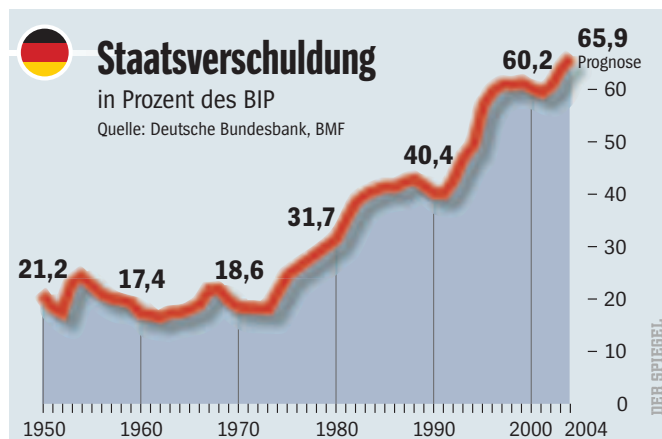
Die Produktivkräfte, die sich so segensreich vor den Augen der Jüngeren entfaltet hatten, waren ihnen plötzlich unheimlich geworden, der Effizienzbegriff der Alten galt als kontaminiert.

Der Sozialstaat hatte damit seinen Spitzenwert, den er unter Adenauer erreicht hatte, weiter ausgebaut. Wurden 1950 erst 17 Prozent des deutschen Sozialprodukts, also der Summe aller im Land erwirtschafteten Waren und Dienstleistungen, fürs Soziale ausgegeben, so waren es 1970 bereits 25 Prozent und 1980 sogar über 30 Prozent, was nichts anderes bedeutet, als dass der Sozialstaat doppelt so schnell gewachsen war wie die Volkswirtschaft.

Das Wachstum verlangsamte sich zu Beginn der siebziger Jahre spürbar, und 1974 wuchs die Volkswirtschaft nur noch um unsichtbare 0,2 Prozent. 1975 war dann mit minus 1,3 Prozent erstmals ein nennenswerter Schrumpfungsprozess zu vermelden. Der Arbeitsmarkt begann zu erodieren, die alten Industrien im Ruhrgebiet und an der Küste bauten Arbeitsplätze ab, in den modernen Industrien – Automobilbau, Chemie und Maschinenbau – wurde rationalisiert wie nie zuvor.

Das Kapital veränderte seine Fließrichtung. 1971 bis 1974 waren die letzten Jahre, in denen sich das nach Deutschland hineinströmende und das herausströmende Kapital die Waage hielten. Deutsche Firmen investierten im Ausland, die Ausländer in gleichem Maß bei uns – so war es damals.

Dann der Bruch. Der Strom des hereinfließenden Geldes wurde schmaler, der Strom des herausfließenden Geldes ver-



\* Als Redner im Volkskammerwahlkampf 1990 in Leipzig.

breiterte sich enorm, plus 100 Prozent bis 1981, plus 700 Prozent bis zum Jahr 1991.

Die wichtigste Konstante der deutschen Innenpolitik war von nun aber das Scheitern jeder tiefgreifenden Reformpolitik. Bundeskanzler Helmut Schmidt versuchte es als Erster – und stand plötzlich ohne jeden Rückhalt in seiner Partei da. Seine sozial-liberale Koalition zerbrach.

CDU-Kanzler Helmut Kohl trat an mit dem Versprechen, die notwendigen Reformen in Deutschland anzupacken, den Gürtel enger zu schnallen, die geistig-moralische Wende herbeiführen. „Den Aufschwung wählen“ war sein Slogan. Doch

deutschen und um 50 Prozent über dem ungarischen Niveau.

Der mehr oder minder wertlos gewordene Produktionsapparat der DDR wurde von der Treuhandanstalt privatisiert oder liquidiert, oftmals beides hintereinander. Von den alten Arbeitsplätzen wurden drei Viertel vernichtet. „Niemand zuvor in der Geschichte einer Industrienation“, sagt Hans-Werner Sinn, Chef des Münchner Ifo-Instituts, „hat es einen so starken Einbruch der Wirtschaftstätigkeit gegeben.“

Die Rückwirkungen auf die Volkswirtschaft des gesamten Landes sind bis heute gravierender, als es den Einheitspoliti-

in Gang. Seit etlichen Jahren schon ist klar, dass die Aufbauhilfe für den Osten in Wahrheit einen Transferstaat begründet hat, der für die Ewigkeit konzipiert ist.

„Der Kanzler muss die gravierenden Irrtümer der Anfangsphase endlich korrigieren“, mahnte bereits im März 1992 Kurt Biedenkopf, damals Ministerpräsident in Sachsen. „Helmut Kohl hat politisch alles richtig und wirtschaftlich alles falsch gemacht“, sagt auch Lothar Späth, Aufsichtsratschef der ostdeutschen Jenoptik AG. Doch Kohl war zu einer Korrektur seiner Einheitspolitik nicht mehr bereit.

Als Rot-Grün 1998 die Regierungsgeschäfte von Helmut Kohl übernahm, war damit vor allem die Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg verbunden. Geschickt hatte Gerhard Schröder immer wieder seine Wirtschaftskompetenz ausgespielt, erst innerhalb der SPD gegen den Rivalen Oskar Lafontaine, dann im Wahlkampf gegen den alt gewordenen Einheitskanzler Helmut Kohl.

Mit ihm werde die Arbeitslosigkeit zurückgeführt, würden die sozialen Systeme zukunftssicher gemacht, er wolle nicht alles anders, aber vieles besser machen: „Wenn wir die Arbeitslosenquote nicht spürbar senken, dann haben wir es nicht verdient, wiedergewählt zu werden“, sagte er.

Es folgten Jahre des Sich-selbst-Genießens. „Regieren macht Spaß“, hieß es auf der Einladung zu einem Fest der SPD-Bundestagsfraktion.

Nur wurde nicht regiert. Erst Jahre später, mit der Agenda 2010, gab sich Schröder, der bis dahin leichtfüßig durch die deutsche Innenpolitik getänzelt war, einen Ruck und versteifte sich. Entweder das Land modernisiere sich, oder es werde modernisiert, sagte er vor dem Deutschen Bundestag. Er kündigte Kürzungen im Gesundheitssystem und

bei der Arbeitslosenunterstützung an. Nun stand er da als einer, der die Dinge erkannt hatte und

bereit war, auch sich selbst zu ändern. Der Reformkanzler trat seinen Dienst an. Nach der Rede überreichte er seinem Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering einen Blumenstrauß in Klarsichtfolie – als Dankeschön für dessen Loyalität. Doch die Partei wollte mehr, beispielsweise ihren Stolz zurück. Wann immer ihr Kanzler von „Reformen“ redete, verstand sie „Grausamkeiten“. Er wollte für „Modernisierung“ sorgen, sie sehnt sich nach „Gerechtigkeit“.

47 Wochen nach seiner Rede gibt Schröder das Amt des SPD-Parteivorsitzenden an Franz Müntefering ab. „Jede Missachtung des enormen Handlungsdrucks wäre ein Verstoß gegen den Amtseid“, sagt er an jenem Freitagnachmittag. Er ist der Kanzler der Einsicht, aber nicht der Umkehr. Die Wirklichkeit hatte ihn mehr verändert als er die Wirklichkeit. □



Demonstration gegen Werkschließung Ost (1993): Wertlos gewordener Produktionsapparat

es gab nur ein Innehalten. Die deutsche Einheit, die 1990 das Land in einen Freudentaumel stürzte, hat die wirtschaftlichen Probleme schließlich enorm verschärft. Was politisch, kulturell und menschlich ein Glücksfall war, beschleunigte den Abstieg des Landes.

Die Regierenden im Osten wie im Westen haben die Komplexität der Aufgabe, eine Staatswirtschaft in die Marktwirtschaft zu überführen, nicht etwa unterschätzt, sie haben sie nicht verstanden. Als der damalige Minister für Wirtschaft zum Amtsantritt das Bonmot von sich gab, Wirtschaft finde in der Wirtschaft statt, hätte man ihn freundlich, aber bestimmt von der Regierungsbank geleiten müssen.

Die im deutschen Osten vermuteten Milliardenwerte, von denen die Regierung ausging, gab es nicht. Die industrielle Produktivität lag bei weniger als einem Drittel der westdeutschen. Diese Produktivität wiederum wurde erzielt mit einem Kapitalstock, der weitgehend verschlissen war und, wie sich später herausstellte, unter Weltmarktbedingungen sogar einen Minussaldo in dreistelliger Milliardenhöhe aufwies. Die Grundstücke waren chemisch kontaminiert, der Schwefeldioxidausstoß lag um das Siebenfache über dem west-

kern der ersten Stunde bewusst war. Aus dem produktiven Kern der westdeutschen Volkswirtschaft musste fortan ein zweistelliger Milliardenbetrag nach Ostdeutschland transferiert werden.

Jahr für Jahr überweist der Westen des Landes seither vier Prozent des Sozialprodukts in die östlichen Bundesländer. Da der Westen selbst keine vier Prozent Zuwachs verzeichnet, werden diese vier Prozent aus der Substanz des Westens entnommen. Es kommt zu dem, was Klaus von Dohnanyi den „ständigen Blutverlust unserer Volkswirtschaft“ nennt.

So wurde der Aufbau Ost, der über Schulden und über die Anhebung der Sozialbeiträge auf den Faktor Arbeit finanziert wurde, ein Programm für den Abbau des Westens. Helmut Kohl hat mit seiner schnellen, wie er glaubte geräuschlosen Übertragung des westdeutschen Wohlfahrtsstaates auf den Osten eine Verwüstung auf den Arbeitsmärkten angerichtet.

Das Wohlstandsniveau des Ostens lässt sich zwar mit Hilfe der Westmilliarden steigern, ein sich selbst tragender Wirtschaftskreislauf allerdings kommt so nicht

## Aufbau Ost als Programm für den Abbau West.